# Nebraer Anzeiger

Erscheint
Mittwoch und Sonnabend.
Abonnementspreis
vierteljährlich 1,05 Mk. pränumerando, durch die Post oder andere Boten 1,20 Mk., durch die Briefträger frei ins Haus 1,45 Mk.

## für Stadt und Umgegend.

Gratisbeilagen:
Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirtschaftliche Beilage.

Insertionspreis
für die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., bei Privatanzeigen 10 Pfg. Reklamen pro Zeile 25 Pfg.
Inserate
werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

Amtliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. U.

Nr. 39. Nebra, Mittwoch, den 17. Mai 1911. 24. Jahrgang.


## Blumentage und Armenpflege.

Überall wo Kultur und Zivilisation ihren Einzug halten, folgt ihnen auf dem Fuße ein unheimlicher Gast: die Armut. Die Kultur schafft neue Erkenntnisformen, bahnt neue Erkenntniswege und erweitert auf diese Weise schnell die Kluft zwischen den Geistern. Die Zivilisation bringt neue Wirtschaftsformen und schafft ihrerseits die Verschiedenartigkeit der Lebenshaltung. Im Kampf um die Lebenshaltung und um erhöhte Daseinsformen sind die Geschlagenen die Armen. Es gibt nur wenige Staaten, die ihren Armen unter allen Umständen ein gesetzlich gewährleistetes

**Recht auf Unterstützung**

zugestehen. Im allgemeinen überläßt unsre „in sozialen Bestrebungen fast übereifrige Zeit" diese Fürsorge den Gemeinden und diese wieder eben sie aus in Gemeinschaft mit privaten Vereinen und Gesellschaften. Man steht eben auf dem Standpunkt hervorragender Rechtslehrer, die da meinen: Wenn man den Armen grundsätzlich das Recht auf Unterstützung absprich, so werden sie angespornt, ihre Kräfte aufs äußerste anzustrengen, um ihre Bedürfnisse aus eigener Kraft zu decken. Anderseits aber verstärkt sich der

**Trieb der Wohlhabenden zur Hilfe,**

weil man erfahrungsgemäß mit größerem Eifer tut, was dem eigenen Antriebe entspringt. Das scheint etwas für sich zu haben, aber man vergesse doch nicht, daß Wohltätigkeit in großem Stile nur in aller Öffentlichkeit (und nur vor dieser) getrieben wird in Festkonzerten, Festessen usw., und daß die wahrhaft Wohltätigen, „die am Leiden ihrer Brüder mit leiden", nach keinem äußeren und inneren Gründen, nach keinem Schein und keiner Veranlassung fragen, weil sie wohltun nach einem Himmelsschluß. Das ist echte Wohltätigkeit und Armenpflege, die sich aber schwerlich von Staat und Gemeinde organisieren lassen wird. Alle dahingehenden Versuche müssen mit Naturnotwendigkeit scheitern. So sucht man denn immer wieder nach mehr oder minder guten

**Ersatzmitteln für die Organisation,**

die natürlich die direkte, aus warmem Herzen, aus freiwilliger Hand kommende Hilfe bei weitem nicht ersetzen kann. So sind auch die modernen Blumentage entwunden, die durchaus nicht überall begeisterter Zustimmung begegnen. Hat doch der geniale Leiter der „Berliner Zentrale für private Fürsorge", Dr. Levy, sich in glänzender Rede gegen die Blumentage in Groß-Berlin erklärt. Gewiß, es ist nicht zu leugnen, daß diese Marguerittentage (warum verbannt man das Wort auf alle möglichen Schreibweisen?) Geld einbringen zum Frommen der Armen. Aber wenn sie mit einem Pomp veranstaltet werden, wie einige der jetzt im Reiche geplanten, verlieren sie für die Gebenden wie für die Empfangenden jeden

**ethischen Wert.**

Wenn wir Reiterfestspiele und glänzende Bälle, Künstleraufzüge und venetianische Nächte „zum Besten der Armen" veranstalten, wollen wir doch nicht vergessen, daß wir daran teilnehmen (in erster Linie) weil es zum guten Ton gehört, dabei gewesen zu sein, aber wichtiger noch ist, daß wir nicht vergessen, wie sehr wir die Kluft vergrößern zwischen Besitzenden und Armen, die mit starren, freudeleeren Augen auf die rauschenden Festlichkeiten schauen. „Wohltun soll dem sozialen Verantwortlichkeitsgefühl entspringen." Das muß auch den Blumentagen als Leitsatz dienen, die daher

**so einfach wie möglich**

gestaltet werden müssen. Sie sind keine Triumphfeste, die wir nach einem Siege über das Elend feiern können; denn schließlich reicht unsre helfende Hand ja nur an die Oberfläche. Wir sehen nicht die Tiefe, die Erittenen birgt, die stolzen Herzens Armut und Leid, Sorge und Not tragen müssen, weil ihr Schicksal aus mannigfachen Gründen der Welt verborgen bleiben muß. Bei dem einen heißt es Rücksicht nehmen auf seine Stellung. Ist er in sozialer Beziehung, daß er sich niemand anvertrauen. Ihm kann und wird kein Armenvorsteher helfen. Bei dem andern wieder gilt es Rücksicht auf die Familie nehmen. Auch er muß schweigend, vom Glückskreisen des Lebens ausgeschlossen, einsam den doppelt schweren Lebenskampf führen. Darum sollen unsre Blumentage stille Feiertage der Nächstenliebe, keine rauschenden Feste zu unserm Vergnügen sein.

M. A. D.

## Aus dem Reichstage.

Der Reichstag setzte am Freitag die Besprechung der Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung über die Zusammensetzung der Krankenkassen fort. Abg. Heinze (nat.-lib.) führte aus, die Sozialdemokratie habe die Parole ausgegeben, die Kassen zu erobern. Man könne eine soziale Wohlfahrtseinrichtung nicht einer Partei überantworten. Der Abg. Behrens (wirtsch. Vgg.) gab der Zustimmung seiner Freunde zur Vorlage Ausdruck. Abg. Schmidt-Berlin (soz.) warf der Rechten Interessenpolitik und verächtliche Heuchelei vor. Abg. Kulerski (Pole) warnte davor, den Sozialdemokraten neuen Agitationsstoff zu liefern. Abg. Frl (Ztr.) warf dem Abg. Eichhorn Unterschlagung wichtiger Beweispunkte sozialdemokratischer Mißbräuche vor. Abg. Cuno (fortschr. Vp.) stimmte den Vorschriften gegen den Mißbrauch der Kassen zu. Abg. Heine (soz.) bezeichnete die neuen Bestimmungen als einen Gewaltakt. Alle Reichsverbandbeisitzen seien erfolglos geblieben. Nachdem noch Ministerialdirektor Caspar die Angriffe des Vorredners auf das Materiel der Regierung zurückgewiesen und Abg. Potthoff (fortschr. Vp.) die Anträge der Freisinnigen empfohlen hatte, schloß die Erörterung. Die Abstimmung ergab die Annahme der Kommissionsbeschlüsse.

Am 13. d. Mts. wird die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung fortgesetzt.

§ 343 und § 349 enthalten Bestimmungen über die Organe der Landkrankenkassen. Die Sozialdemokraten, Volkspartei und Polen beantragen Streichung der Bestimmungen.

Abg. Fegter (fortschr. Vp.): Diese Bestimmungen sind ein Ausnahmegesetz gegen die Landarbeiter. Die Regierung hat sich in der Kommission als Vertreterin der privilegierten Minderheit gefühlt. Nicht wir sind die Schrittmacher der Sozialdemokratie, sondern Sie!

Abg. Stücklen (soz.): Die Landkassen sind ein Hohn auf die Krankenversicherung. Sie sind eine verschlechterte Armenpflege zur Entlastung der Besitzenden, ein Ausnahmegesetz. Die Landarbeiter werden Ihnen die Quittung bei der nächsten Wahl geben. Lehnen Sie unsre Anträge ab, dann ist das eine politische Heuchelei.

Präsident Graf Schwerin: Diesen Ausdruck muß ich rügen.

Abg. Kulerski (Pole): Auch wir sehen in den Bestimmungen ein Ausnahmegesetz, gerichtet gegen polnische Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Vom Zentrum hängt jetzt viel ab. Ihre Freundschaft zu den Konservativen ist nur Abhängigkeit.

Ministerialdirektor Caspar: Gegen die Behauptung, daß es sich um ein Ausnahmegesetz handele, lege ich Verwahrung ein. Es handelt sich um eine

**Verbesserung der Lage der Landarbeiter.**

Die Aufrechterhaltung dieser Bestimmungen ist die unerläßliche Vorbedingung für die Einführung der landwirtschaftlichen Krankenversicherung überhaupt.

Abg. Arnstadt (kons.): Zu den Landkassen gehören die Landarbeiter, das Gesinde, die Wanderbetriebe, die Hausgewerbetreibenden und die unständig Beschäftigten. Es wird immer nur eine beschränkte Anzahl ihr Wahlrecht ausüben können. Die Dienstboten können nicht abkommen, ihrem Wahlrecht zu genügen. Auch die räumliche Entfernung spricht sehr empfindlich mit. Unsre landwirtschaftlichen Arbeiter legen auch wirklich wenig Wert auf das Wahlrecht. (Zurufe des Abg. Fegter (fortschr. Vp.). Wir vertreten die Landarbeiterinteressen mindestens so gut wie Sie, Herr Fegter. Ich protestiere mit aller Entschiedenheit dagegen, daß wir die landwirtschaftlichen Arbeiter zu

**Arbeitern zweiter Klasse**

degradieren lassen. Was nützt denn überhaupt den Arbeitern ein Wahlrecht, dessen Ausführungen soviel im Wege steht? Wer wählt? Ein paar Dutzend von gewisser Seite beeinflußte Arbeiter, die nach politischen Grundsätzen wählen würden, und für eine solche Vertretung danken unsre Arbeiter. Denn, was ist das Ziel der Sozialdemokratie? Sie wollen nur seßen Fuß auf dem Lande fassen, was ihnen bisher nicht gelungen ist. Unsere ländlichen Arbeiter sind Gott sei Dank monarchisch gesinnt. Unsere Arbeiter wissen sehr wohl, wo ihre Freunde sind.

Abg. Korfanty (Pole): Ich gebe nochmals der Forderung Ausdruck, die Bestimmungen zu streichen.

Ministerialdirektor Caspar: Ich kann meine Erklärung von vorhin nur in aller Form wiederholen.

Nachdem noch die Abgg. Hoch und Lehmann-Wiesbaden (soz.) sowie Abg. Mugdan (fortschr. Vp.) ihre Behauptung von der Entrechtung der Arbeiter wiederholt, schließt die Diskussion.

In der namentlichen Abstimmung wird § 343 mit 170 gegen 103 Stimmen, § 349 mit 179 gegen 96 Stimmen, in beiden Fällen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Es folgt § 345, der die Wahl der Beisitzer bei den Ortskrankenkassen regelt. Das Stimmrecht der einzelnen Arbeitgeber bemißt sich nach der Zahl ihrer versicherungspflichtigen Beschäftigten; die Satzung kann es abstufen und eine Höchstzahl vorschreiben.

Abg. Busold (soz.) begründet den Streichungsantrag der Sozialdemokraten. Der § 345 ist eine schmachvolle Entrechtung des Handwerks. (Vizepräsident Spahn ruft den Redner zur Ordnung.) Ich bin selbst Handwerker. Das Kleinhandwerk darf den Großbetrieben die qualifizierten Arbeiter ausbilden, aber beim Wahlrecht wird es durch die Mittelstandsparteien unterdrückt.

Der Antrag wird ohne weitere Erörterung abgelehnt.

Als § 355 beantragen die Sozialdemokraten: Der Kassenvorstand (bei Kassen aller Art) ist verpflichtet, den Gewerbeaufsichtsbeamten auf Verlangen Auskunft über Zahl und Art der Erkrankungen zu erteilen. Ein Ausgleichsantrag Schulz sieht diesem Antrage der Sozialdemokraten hinzu: Die oberste Verwaltungsbehörde kann hierüber Näheres bestimmen.

Abg. Severing (soz.) begründet den Antrag und stimmt dem Zusatz zu.

Abg. Schickert (kons.): Wir können dafür mit dem Zusatz stimmen. Eine gewisse Regelung durch die oberste Verwaltungsbehörde halten wir allerdings für notwendig, schon damit der statistische Eifer nicht zu weit führt.

Der Antrag der Sozialdemokraten wird mit dem Zusatz angenommen.

Nach § 372 ist es nach Bestimmung der obersten Verwaltungsbehörde zulässig, Kassenmittel für den Besuch von Versammlungen zu verwenden, die den gesetzlichen Zwecken der Krankenversicherung dienen sollen. Die Sozialdemokraten beantragen, dies von der Bestimmung der Aufsichtsbehörde unabhängig zu machen.

Abg. Büchner (soz.) begründet den Antrag und geht auf die Debatten der letzten Tage ein, spricht von einem

**Verrat der Arbeitervertreter des Zentrums**

und von einer schnöden Entrechtung der Landarbeiter.

Vizepräsident Schulz erteilt dem Redner scharfe Rügen. Der Abschnitt über die Verwaltung der Kassenmittel wird erledigt.

Mit § 377 beginnt der Abschnitt über das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten. § 378 [illegible] Kommissionsbeschluß: Die Bestimmungen über die Krankenkassen und Ärzten werden durch schriftlichen Vertrag geregelt: die Bezahlung andrer Ärzte kann die Kasse, von dringenden Fällen abgesehen, ablehnen. Der polnische Antrag will, daß nur ein wichtiger Grund zur Ablehnung führen kann, der weder religiöser noch politischer Natur sein darf.

Abg. Korfanty (Pole): Polnische Ärzte werden grundsätzlich von den Kassen ausgeschlossen. Die Arbeiter müssen die freie Arztwahl haben.

Die Kommissionsfassung wird bestätigt.

Nach § 385 kann der Kassenvorstand durch die Satzung ermächtigt werden, wegen Arzneilieferungen mit Apothekern usw. Vorzugsbedingungen zu vereinbaren. Alle Apothekenbesitzer und -Verwalter im Bereiche der Kasse können solchen Vereinbarungen beitreten.

Abg. Schickert (kons.) empfiehlt einen Ausgleichsantrag Schulz: Bevorzugung der einheimischen — also im Kassenbereiche wohnenden — Apotheker und Drogisten gegenüber den auswärtigen. Da aber für die an den Grenzen des Kassenbezirks wohnhaften Kassenmitglieder eine Ausnahme nötig sein kann, so beantragen wir, daß das Versicherungsamt ermächtigt wird, Abweichungen in geeigneten Fällen zu gestatten.

Abg. Geck (soz.): Wir stimmen diesem Antrage zu. Beklagenswert sind die Preistreibereien der Apotheker. Es wird mit Apotheken geradezu spekuliert.

Der Antrag wird angenommen, ebenso § 386.

Das Haus vertagt sich.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

* Das Kaiserpaar ist mit der Prinzessin Victoria Luise in London eingetroffen, um an der Feier der Enthüllung des Denkmals für die Königin Viktoria teilzunehmen.

* Der Reichskanzler hat ein Rundschreiben erlassen, in dem er darauf hinweist, daß die mit der Verwaltung der Zuwachssteuer betrauten Organe vielfach noch nicht mit dem eigentlichen Veranlagungsgeschäft begonnen hätten, obwohl die Ende März erlassenen Ausführungsbestimmungen das Verfahren genau regeln. Eine weitere Hinausschiebung würde die bis zum 1. Januar d. Js. rückwärts erforderliche Veranlagung wesentlich erschweren, den Grundstücksmarkt länger als notwendig im ungewissen lassen, insbesondere auch für die veranlagenden Gemeinden, die an dem Ertrage der Steuer beteiligt seien, einen finanziellen Nachteil bedeuten. Es sei notwendig, daß alle Amtsstellen, ohne etwa auf die Verabschiedung der landesrechtlichen Vorschriften über die Zuweisung des Ertrages an die einzelnen kommunalen Körperschaften zu warten, unverzüglich das Veranlagungsgeschäft in Angriff nehmen.

* In parlamentarischen Kreisen ist man der Meinung, daß die Kommission für die elsaß-lothringische Verfassungsfrage trotz der Abstimmung, die sich mit dreizehn zu zwölf Stimmen gegen den Entwurf der Regierung erklärte, doch noch einen Weg finden wird, um dem Reichstage die Annahme der Vorlage empfehlen zu können. Verhandlungen in dieser Richtung sind bereits im Gange.

* Ein neues Übereinkommen über Hilfe in Seenot, das von 25 Staaten geschlossen worden ist, ist dem Reichstage zugegangen.

* Nachdem durch Erlaß des Präsidenten der französischen Republik vom 10. März d. Js. das früher für den Eintritt in die französische Fremdenlegion festgesetzte Mindestalter von 18 Jahren wieder eingeführt worden ist, hat sich der preußische Minister der auswärtigen Angelegenheiten mit dem Minister des Innern in dieser Angelegenheit in Verbindung gesetzt, da unter den gegenwärtigen Umständen Anträge auf Entlassung von Reichsangehörigen, die vor vollendetem 18. Lebensjahre zur Fremdenlegion angeworben sind, wieder wie früher bei der französischen Regierung anhängig gemacht werden können, sofern solche Gesuche vom preußischen Minister des Innern befürwortet werden. Auch ist der Minister bereit, in andern Fällen, wo die Einkreilung in die Legion erst nach dem 18. Lebensjahre erfolgt ist, in eine Prüfung der Frage einzutreten, inwieweit sie fall ausnahmsweise zu einer Vertretung bei der französischen Regierung eignen.

* Die vielbesprochene Wahl eines Oberbürgermeisters in Stuttgart hat mit dem Siege des Kandidaten der geeinigten bürgerlichen Parteien geendet. Es fielen auf den Kandidaten der Nationalliberalen, der Konservativen und des Zentrums, Regierungsrat Lautenschlager (nat.-lib.), 14 888 Stimmen, auf den Kandidaten der Sozialdemokratie, Schriftsteller Dr. Lindemann, 12 472 und auf den Kandidaten der Volkspartei, Oberbürgermeister Dr. Keck, 3271 Stimmen. Lautenschlager ist somit gewählt. Die Wahl verlief ohne Zwischenfälle.

### Österreich-Ungarn.

* Nach den amtlichen Erklärungen ist das Befinden Kaiser Franz Josephs ausgezeichnet. Die Folgen der letzten Heiserkeit sind völlig geschwunden, so daß der Monarch wieder die gewohnten Audienzen erteilen kann.

### Frankreich.

* Die Regierung erklärt in einer Note die Gerüchte von einem seit 1902 zwischen Spanien und Frankreich bestehenden Geheimabkommen über Marokko, wonach im Falle einer Besetzung des Scherifenreiches Deutschland eine Kohlenstation am Atlantischen Ozean erhalten sollte, als völlig gegenstandslos.

### Norwegen.

* Nachdem der schwedische Reichstag sich für den Bau zweier großer Panzerschiffe entschieden hat, wendet man auch in Norwegen den Seerüstungen erhöhte Aufmerksamkeit zu. Die Marinebehörden in Gemeinschaft mit der besonderen Verteidigungskommission haben ein vollständiges Flottenprogramm ausgearbeitet und im Storthing die Bewilligung der zu seiner Verwirklichung nötigen Mittel beantragt. Es wird die sofortige Anschaffung von folgenden größeren und kleineren Schiffen vorgeschlagen: 8 Küstenverteidigungs-Panzerschiffe, 6 Jäger, 40 Torpedoboote, 12 Unterwasserfahrzeuge, 4 Kanonenboote und ein Minenfahrzeug: Der schwedische Nachbar ist über den Umfang dieses Programms sehr verstimmt.

## Das Ende des Kwilecki-Prozesses.

Der an Spannung und dramatischen Zwischenfällen so überaus reiche Kwilecki-Prozeß ist, nachdem er die deutschen Gerichte seit Jahren beschäftigt hat, zu Ende gegangen. Das Reichsgericht hat entschieden, daß der vom Oberlandesgericht Posen seinerzeit als Bahnwärtersohn erklärte junge Graf Joseph Kwilecki den Grafentitel zu Recht führt. Das Urteil des preußischen Landgerichts Liffa vom Jahre 1907 wird dahin abgeändert, daß die Klägerin Mayer mit ihrer Klage abgewiesen wird. Damit ist der junge Kwilecki endgültig als Graf anerkannt. Die Gräfin Kwilecka, die im Jahre 1903 von den Geschworenen in Berlin unter der Anklage der Kindesunterschiebung stand und nach mehrtägiger Verhandlung freigesprochen wurde, hat den Sieg ihrer Sache nicht mehr erleben können. Der überlebende Ehegatte hat sich nun endgültig den vielumstrittenen Sohn und diesem zugleich das Majorat errungen, das jährlich etwa 60 000 Mk. abwerfen soll.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219110517-17/fragment/page=0001

## Seekriegsrechtliche Besorgnisse der englischen Kolonien.

In kurzem wird zu London die fünfte jener Reichskonferenzen zusammentreten, auf denen England im Verein mit denjenigen Kolonien, die sich selbst regieren, über die gemeinsamen großen Fragen unterhandelt, und trachtet, allmählich zu einem engeren Zusammenschlusse nach bestimmtem System zu gelangen. Die Kolonien Australien und Neu-Seeland bringen nach den ‚Mitteil. d. deutsch. Flott.-Ver.‘ zu dieser Konferenz einen Antrag mit, der unter dem maritimen Gesichtspunkte von nicht unerheblichem Interesse ist. Es handelt sich nämlich um ihre Stellungnahme zu der in der englischen Presse schon lange lebhaft besprochenen Londoner Deklaration. Dieselbe hat in England selbst sehr starke Gegnerschaft gefunden, und die Hauptvertreter dieser Richtung haben durch eine geschickte Agitation den genannten selbstregierenden Kolonien, außerdem Südafrika, die Überzeugung beigebracht, daß eine Reihe von Artikeln der Londoner Deklaration ihnen außerordentlich schädlich, ja unter Umständen verderblich sein würden, und zwar besonders dann, wenn England und damit seine Kolonien sich

**im Kriege mit einer großen Seemacht**

befänden. Dann würden nämlich, so sagt man, gerade für die Kolonien die Artikel der Londoner Deklaration eine besonders schlimme Wirkung haben, die einer kriegführenden Partei gestatten, Nahrungsmittel auch an Bord von neutralen Schiffen als sogenannte bedingte Konterbande anzusehen und unter Umständen zu beschlagnahmen. Diese Umstände, die dazu berechtigen, liegen nach der Londoner Deklaration vor, wenn bewiesen wird, daß die Gegenstände für den Gebrauch der Streitmacht oder der Verwaltung des feindlichen Staates bestimmt sind. Diese Bestimmung wird von dem Vertreter der kriegführenden Partei angenommen, wenn die Sendung an die feindlichen Behörden oder an einen im feindlichen Lager ansässigen Händler gerichtet ist, von dem feststeht, daß er dem Feinde Gegenstände und Stoffe dieser Art liefert. Das gleiche gilt für eine Sendung, die nach einem befestigten Platze des Feindes oder nach einem andern der feindlichen Streitmacht als Stützpunkt dienenden Platze bestimmt ist. Dieses Verfahren, so behauptet man in weiten Kreisen Englands und neuerdings in den Kolonien, könne die

**Nahrungsmittelzufuhr im Kriege**

auf das schwerste beeinträchtigen und vielleicht ganz in Frage stellen. Denn ein übelwollender Feind könne schließlich beinahe jeden ihrer Häfen als zum Stützpunkt für die Streitmacht verwendet betrachten, und demnach alle neutralen, mit Nahrungsmitteln geladenen, dahin bestimmten Schiffe beschlagnahmen. Das klingt sehr gefährlich, der Trugschluß liegt aber vor allem darin, daß in einem solchen Kriege, wie er von diesen Strömungen vorausgesetzt wird, die überseeischen Kolonien Englands gerade von neutralen Mächten wenige Nahrungsmittel erhalten. Wollte man aber annehmen, daß sie z. B. von Schiffen, die unter der amerikanischen Flagge fahren, viel erhielten, so ist schwer vorzustellen, welche kriegführende Macht das verhindern könnte, oder auch nur annähernd genügende Stützpunkte und Schiffe hätte, um bei einem solchen Beginnen glauben zu können, daß sie auf ihre Rechnung käme. Die Leute in England haben recht, welche sagen:

**die neutrale Nahrungsmittelzufuhr**

mache nur einen verschwindenden Teil aus und käme daher für alle derartigen Berechnungen nicht in Betracht. Des weiteren beschweren sich die Kolonien über die Bestimmung der Londoner Deklaration, daß unter gewissen Umständen der kriegführenden Partei die Zerstörung neutraler Prisen gestattet ist, und zwar unter den ausnahmsweisen Umständen, daß das betreffende Kriegsschiff sich einer Gefahr aussetzen oder den Erfolg seiner Operationen beeinträchtigen könnte, wenn es bestimmungsgemäß das beschlagnahmte neutrale Schiff in einen Hafen brächte oder bringen ließe. Es ist dies nebenbei ein Brauch, welchen auch die Engländer früher geübt haben, obgleich das jetzt bestritten wird. Auch im russisch-japanischen Kriege kamen bekanntlich eine Anzahl solcher Fälle vor. Sie sind sicher in jedem Seekriege bedauerlich, aber man sollte doch beachten, daß, wenn die Londoner Deklaration nicht bestände oder nicht endgültig angenommen wird, daß dann die Zerstörung solcher Prisen ohne diejenigen Verpflichtungen dem internationalen Prisenhofe gegenüber erfolgen würde, wie gerade die Deklaration sie auferlegt. Dieselbe schafft Beschränkungen für die Ausübung des Zerstörungsrechtes, wie sie früher niemals bestanden haben.

## Heer und Flotte.

— Die ersten Lanziertorpedos, die in der deutschen Marine benutzt wurden, hatten einen Durchmesser von 35 Zentimetern. Sie waren aus Stahl gefertigt, enthielten 19,5 Kilogramm Schießbaumwolle und wogen 264 Kilogramm. Vor reichlich 20 Jahren wurde der 45 Zentimeter-Bronze-Torpedo in der deutschen Marine eingeführt, der 90 Kilogramm Schießbaumwolle enthielt und 530 Kilogramm wog. Jetzt ist ein neues Torpedo-Kaliber geschaffen worden, das bei den in diesem Jahre zur Ablieferung kommenden größeren Kriegsschiffsbauten zur Anwendung kommt. Es handelt sich um einen 50 Zentimeter-Torpedo. Früher liefen die Torpedos 10 Meter in der Sekunde, jetzt ist die Geschwindigkeit auf 22 Meter gesteigert worden und während sie noch vor zehn Jahren eine größte Laufstrecke von 1500 Metern besaßen, werden jetzt Torpedos mit einer Geradelaufstrecke von 4000 Metern konstruiert. Der Torpedo hat also durch die Steigerung seines Aktionsradius, seiner Sprengwirkung und seiner Laufgeschwindigkeit erheblich an Bedeutung gewonnen. Als Waffe ist er nach wie vor ein wirksames Mittel im Seekriege.

## Von Nah und fern.

**Entsetzliche Lage für einen Arzt.** Die Gattin eines Arztes war in Berlin unter die Räder eines Omnibusses geraten. Als man einen in der Nähe wohnenden Arzt herbeiholte, erkannte dieser zu seinem Entsetzen, daß die Verletzte seine eigene Gattin war.

**40 Personen unter Vergiftungserscheinungen erkrankt.** In Klein-Anheim, im Kreise Offenbach, sind etwa 40 Personen an Vergiftungserscheinungen erkrankt. Man führt diese Erkrankungen auf den Genuß verdorbenen Hackefleisches zurück.

PR **Der Hosenrock und — die Luxbarkeitssteuer.** Der Besitzer eines Weinrestaurants in Bochum hatte angezeigt, daß in seinem Lokal Damen im Hosenrock bedienen würden. Die Behörde faßte dies so auf, daß es sich um eine „Schaustellung von Personen“ handle, die ganz selbstverständlich als Luxbar zu besteuern sei. — Wenn den Bochumern der Hosenrock noch eine „Lust“ ist oder sein soll, so sind sie einige Wochen in der Geschichte zurück. Im übrigen Deutschland ist den Damen, und die geht dieses Kleidungsstück wohl am ersten an, der Paschärock längst keine „Lust“ mehr. Er ist dem verdienten Fluch der Lächerlichkeit verfallen.

**Das verhängnisvolle Postpaket.** Frau Schwandtner in Schirwindt erhielt dieser Tage ein Postpaket aus Königsberg, das beim Öffnen explodierte und die Frau und ihre Tochter schwer verletzte. Unter dem Verdacht, das Paket gesandt zu haben, wurde in Königsberg i. Pr. der Fleischer Franz Müller verhaftet. Er bestreitet, mit der Tat etwas zu tun zu haben. In Schirwindt ist auch der Fleischermeister Müller, der Vater des in Königsberg Verhafteten, der mit der verletzten Familie Schwandtner in einem Hause wohnt und mit ihr in Feindschaft lebt, unter dem Verdacht, Mitwisser oder Urheber des Attentats zu sein, verhaftet.

**Die Eröffnung des Reichsfestes im Londoner Kristall-Palast.** In London wohnte das Königspaar der Eröffnungsfeierlichkeit des Reichsfestes im Kristall-Palast bei, wo eine Ausstellung veranstaltet worden ist, die die Leistungen des Reiches auf technischem, handelspolitischem und landwirtschaftlichem Gebiet veranschaulichen soll. Einen besonders bemerkenswerten Teil des Festes bildet eine Reihe von Festzügen in historischen Trachten, die ein zusammenhängendes lebendes Bild geben sollen von der Geschichte Englands und von dem Wachstum seiner Kolonien. Die Veranstaltung ist die erste der großen Festlichkeiten, die in Verbindung mit den Krönungsfeierlichkeiten stattfinden sollen.

**Ein erschütterndes Drama** hat sich nach dem ‚B. T.‘ in der Nähe der Zementfabrik Reuchenette zwischen Sonceboz und Biel zugetragen. Der achtjährige Sohn des Arbeiters Christen war nachmittags auf der Holzsuche gewesen. Als der Vater nach Hause kam, ließ das Kind ihm keine Ruhe, bis er sich entschloß, den Haufen Holz anzusehen, den das Kind gesammelt hatte. Zu diesem Zwecke mußte die Brücke über die Schütz hinter der Schleuse überschritten werden. Dabei glitt das Kind aus und fiel in den Fluß. Der Vater rief um Hilfe, da er selbst nicht schwimmen kann, und der in der Nähe Holz spaltende Wächter Rein eilte herbei. Obgleich auch dieser des Schwimmens unkundig war, stürzte er sich in die Wogen, in denen er verschwand. Beide wurden am andern Tage als Leichen gelandet. Rein war 35 Jahre alt und Vater von fünf kleinen Kindern. Man erwartet, daß die schweizerische Carnegiestiftung hier zum erstenmal in Wirksamkeit treten und die Hinterbliebenen unterstützen wird.

**Ein ausgeraubtes Konsulat.** Das Konsulat von Montenegro in Brüssel ist von Dieben vollständig geplündert worden, wobei Möbel und Kunstgegenstände vernichtet wurden.

**Ein merkwürdiger Unglücksfall** hat sich in Lüttich zugetragen. Eine 34 jährige Frau erhob sich in der Nacht im Schlaf aus ihrem Bett, erstieg das Dach des Hauses und hängte sich mit den Händen, immer fest schlafend, an die Dachrinne. Eine Nachbarin erwachte von dem Geräusch, sah die Schlafwandlerin und rief sie entsetzt mit ihrem Namen an. Die Unglückliche erwachte von dem Anruf und stürzte einige zwanzig Meter in den Hof hinab, wo man sie mit gebrochenem Schädel und Rückgrat sterbend aufhob.

**Ein peinlicher Zwischenfall bei einer Hochzeitsfeier.** In einem Dorfe in der Nähe von Haarlem wurde die Hochzeit der Tochter des Blumenzwiebelzüchters Vanderelst in einem geräumigen Zwiebelschuppen gefeiert. Plötzlich flog eine Kugel durchs Fenster und verletzte den Bräutigam erheblich im Gesicht. Ein Mann, der als der Tat verdächtig festgenommen wurde, erklärte, es handle sich um einen abgelenkten Freudenschuß, den ein Vorübergehender abgegeben habe. Es ist eine Untersuchung eingeleitet worden.

**Eisenbahnkatastrophe in Amerika.** Im Staate Kolorado (Ver. Staaten) ist ein Schnellzug in voller Fahrt am Ufer des Eagleflusses entgleist. Die Wagen stürzten die steile Böschung hinab. Zwei von ihnen fielen in den Fluß. Etwa dreißig Menschen kamen dabei ums Leben.

**Schiffsuntergang an der mexikanischen Küste.** Bei Kap Charles an der mexikanischen Küste ist in der Nacht der Dampfer „Merida“ untergegangen. Das Schiff wurde von dem Frachtdampfer „Admiral Farragut“ angerannt und in zwei Stücke zerschnitten. Die „Merida“ sank nach wenigen Minuten. Szenen der wildesten Aufregung entstanden auf dem sinkenden Schiff. Zahlreiche Raketen wurden abgebrannt, und alle Schiffsboote wurden in die See gelassen. Die Offiziere und Mannschaften hatten die größte Mühe, zu verhindern, daß die Boote nicht überfüllt wurden. Die Boote des Schlachtschiffes „Jowa“ kamen schließlich zur Stelle und konnten sich am Rettungswerk beteiligen. So gelang es wie durch ein Wunder, sämtliche 187 Passagiere zu retten.

**Ausschreitungen beim Straßenbahnerstreik in Johannesburg.** Die Straßenbahner von Johannesburg, die sich im Ausstand befinden, bestiegen am Freitag die auf der Fahrt befindlichen Wagen und brachten den Verkehr zum Stillstand. Berittene Polizei schuf den Wagen wieder freie Bahn. Die Lage ist ernst. Der Geschäftsverkehr ist fast gänzlich lahmgelegt.

## Luftschiffahrt.

— Auf Anregung des parlamentarischen Luftverteidigungskomitees fand auf dem Londoner Flugplatz ein großes Schaufliegen vor den Spitzen der Behörden sowie den Mitgliedern des Parlaments statt. Die Minister Asquith, Lloyd George, Winston Churchill, Lord Haldane, Mac Kenna, der Führer der Unionisten Artur Balfour und viele hervorragende Personen hatten sich eingefunden. Das Wetter war vorzüglich, Balfour stieg als Passagier mit dem Führer White in dessen Zweidecker auf. Er hielt sich, wie man sehr deutlich beobachten konnte, mit beiden Armen an zwei Pfosten fest und schien das Abenteuer voll zu genießen. White erhob sich mit ihm ungefähr 100 Fuß hoch, flog dreimal um die Bahn herum und setzte ihn dann glatt und wohlbehalten wieder zur Erde. Als er ausstieg, brachte der daneben stehende Südpolarforscher Sir Ernest Shackleton ein Hoch auf ihn aus, in das die Minister und das gesamte aus 3000 eingeladenen Personen bestehende Publikum warm einstimmte.

## Gerichtshalle.

§§ **Berlin.** Das Oberverwaltungsgericht hat eine Entscheidung gefällt, die für solche Personen eine heilsame Lehre sein dürfte, die sich weigern, unbesoldete Ehrenämter zu übernehmen. Als ein Lehrer G. aus B. sich weigerte, das Amt eines Armenpflegers zu übernehmen, faßte die Stadtverordnetenversammlung den Beschluß, G. auf drei Jahre der Ausübung des Bürgerrechts für verlustig zu erklären und ihn stärker zu den Gemeindeabgaben heranzuziehen. G. erhob darauf Klage im Verwaltungsstreitverfahren und betonte, da er sich zur Mittelschullehrerprüfung vorbereite, so fehle ihm die erforderliche Zeit, auch habe ihm sein Wirt, von dem er ein möbliertes Zimmer abgemietet habe, die Kündigung in Aussicht gestellt, falls er das Ehrenamt übernehme; der Wirt wolle keinen großen Verkehr in seinem Hause. Der Bezirksausschuß wies indessen die Klage ab und führte u. a. aus, da K. ein junger, gesunder Mann sei, so könne nur die Vorschrift der Städteordnung in Frage kommen, nach der ein Ehrenamt abgelehnt werden darf, wenn besondere Verhältnisse vorliegen, die nach dem Ermessen der Stadtverordnetenversammlung eine gültige Entschuldigung begründen. Solche Verhältnisse liegen hier nicht vor; die angebliche Drohung des Wirtes könne keineswegs in Betracht kommen; im übrigen verfüge G. über ausreichende Zeit, das Ehrenamt zu verwalten. Diese Entscheidung focht G. durch Berufung beim Oberverwaltungsgericht an, welches aber der Ansicht des Bezirksausschusses beitrat und u. a. ausführte, das Oberverwaltungsgericht sei bei selbständiger Prüfung der Auffassung des Bezirksausschusses beigetreten; die von G. angeführten Gründe können die Ablehnung des Ehrenamtes nicht rechtfertigen.

## Berliner Brief.

Nach allem, liebwerter Freund, was ich Ihnen Abfälliges über Kinematographen-Theater aus Berlin geschrieben habe, drängt es mich, Ihnen einmal von einer Lichtspiel-Aufführung zu berichten, die weit aus dem Rahmen des auf diesem Gebiete leider immer noch Landläufigen ragt. Es handelt sich um die kinematographischen Bilder von der Indienreise des deutschen Kronprinzen, die in einer Festvorstellung der „Lichtspiele“ zum Besten der Invaliden aus dem Aufstande in Deutsch-Südwestafrika gezeigt wurden. Das Haus war voll besetzt, und obgleich es sich neben dem Anschauen künstlerisch schöner Bilder um einen wissenschaftlichen, eigentlich kulturwissenschaftlichen Vortrag handelte, folgte man, was leider in Berlin nicht immer der Fall ist, dem Vortragenden mit unermüdlicher Aufmerksamkeit. Man sah, das Kinematographentheater ist auf dem Wege, ein Erziehungsfaktor zu werden. Dr. Oskar Bongard, der die Reise nach Ceylon,

---

## Ursula Drenck.

15] Roman von Paul Grabein.

(Fortsetzung.)

Eine Totenangst schnürte Ursula die Brust zusammen. Es ward plötzlich so düsterschwarz, so eng um sie, als müsse sie ersticken, als würde sie wirklich in die dumpfe Gruft gezwängt. Mit einem Aufschrei fuhr sie vom Sitz, wild um sich greifend, aber taumelnd glitt sie im nächsten Augenblick zu Boden. Die Überspannung ihrer Nerven rächte sich. Eine Ohnmacht war über sie gekommen. So fand sie das Mädchen an, das auf das dumpfe Geräusch des Falles hin zu ihr geeilt war.

10.

Laut hallten die lang schwingenden Klänge des Gong durch das Haus: Ein Uhr! Das Zeichen für die Insassen des Sanatoriums, sich in den Speisesaal zu begeben.

Drenck, der schon im Gehrockanzug fertig am Fenster gestanden hatte, ging an die Tür zum Nebenzimmer und klopfte an:

„Bist du fertig? Es ist so weit.“

Statt jeder Antwort öffnete sich alsbald die Tür, und Ursula trat zu ihm. Auch sie war bereits mit der Toilette fertig gewesen, aber drinnen für sich geblieben. Sie kannte des Gatten nörgelnde Stimmung, jedesmal in den ersten Tagen, wenn sie in ein neues Sanatorium gekommen waren. Und sie waren hier, in der Heilanstalt auf der Berghöhe am Genfer See, gerade erst vor ein paar Stunden angekommen. Da hatte sich Ursula den sie nur verstimmenden kritischen Anwandlungen des Gatten lieber entzogen; sie mußte ihre Kraft ja für ernstere Aufgaben aufsparen.

Seit bald drei Jahren reiste sie nun schon mit Drenck durch die Welt, den Winter stets im Süden oder Hochgebirge, die Sommermonate im deutschen Bergwald zubringend. Der Zustand des Gatten war aber seit der Erholung von jenem schweren Anfall immer derselbe geblieben. Er war und blieb ein hoher Schonung bedürftiger Patient und sie seine Pflegerin, die geduldig seine Launen ertrug; seine Trösterin, die ihn in Stunden der Verzweiflung wieder aufrichtete mit Worten der Zuversicht, an die sie selbst im Innersten nicht mehr glaubte. Sie hatte in diesen Jahren die schwere Frauenkunst gelernt, mit blutendem Herzen zu lächeln.

Drenck furchte die Stirn, als er sie so schnell heraustreten sah, die, wie er gewähnt hatte, noch mit ihrem Anzug beschäftigt war. „Warum läßt du mich denn so lange allein hier herumstehen?“ stellte er sie mit scharfem Ton zur Rede.

„Ich war ja gerade eben erst fertig geworden,“ beschwichtigte sie ihn, wie eine Mutter ihr kränkelndes, verzogenes Sorgenkind — gütig, aber mit einer überlegenen Bestimmtheit im Ton. So nahm sie auch seinen Arm und drängte ihn sanft zur Tür hin, der noch Lust zu einer längeren Debatte zu haben schien. Draußen verbot sich ja von selbst jede Aussprache, und wenn auch Drenck allein mit ihr nur allzuoft den Ton schuldiger Rücksicht vergaß, vor den Leuten wahrte er — darin war er wenigstens noch ganz der einstige Kavalier geblieben — unbedingt den Anstand.

So schritten denn auch jetzt die Gatten schweigend nebeneinander dem Speisesaal im Erdgeschoß zu. Als sie dort eintraten, fanden sie die meisten Gäste schon an der Tafel versammelt vor. Drenck sah sich suchend nach seinem Platz um. Der das Service beaufsichtigende Direktor der Anstalt bemerkte es aufmerksam und trat zu ihm.

„Bitte Herrn Leutnant und gnädige Frau dort drüben, am oberen Tafelende! Die neu angekommenen Herrschaften sitzen immer neben dem Herrn Doktor.“

Drencks nahmen die bezeichneten Plätze ein, nachdem sie der Direktor noch mit ihren Tischnachbarn bekanntgemacht hatte. Die üblichen einleitenden Gesprächsphrasen wurden gewechselt.

„Der Herr Doktor ist noch nicht da,“ bemerkte Drenck zu der Dame neben ihm; es wurde mit dem Servieren anscheinend auf ihn gewartet.

„Nein, aber er wird jeden Augenblick kommen. Er ist sonst immer sehr pünktlich. Sehen Sie, da kommt er ja schon!“

Mechanisch drehte Drenck den Kopf nach der großen Saaltür hin, im selben Augenblick fühlte er aber seine Rechte, die auf seinem Knie ruhte, mit krampfhaftem Druck von Ursula gepreßt. Erstaunt sah er nach ihr hin, die mit dem Ausdruck tödlichen Erschreckens nach dem Eingang hinstarrte. Rasch folgte er ihrem Blick — ah, nun begriff er: Wigand, der einstige Verlobte seiner Frau, kam da mit einem andern Herrn herangeschritten. Kein Zweifel, er mußte es sein, wenn auch sein Haar schon etwas graumeliert war und ein spitzgeschnittener Vollbart das Gesicht zur Hälfte verdeckte. Alle Wetter — das war allerdings eine unerwartete Begegnung. Wie mochte der gerade hierher kommen?

Aber, was war das? Nun verabschiedete Wigand sich von dem fremden Herrn und kam schnelleren Schrittes direkt auf sie zu. Sollte er am Ende? Drenck hatte ja allerdings keine Ahnung gehabt und bis jetzt auch hier noch gar nicht danach gefragt, wer denn der dirigierende Arzt des Sanatoriums „Au Chatelard“ war: es schien ja wahrhaftig! — Und nun sah auch jener hierher, da — jetzt hatte er sie erkannt: Ein momentlanges Zucken im Gesicht, ein kaum bemerkbares Anhalten des Schrittes, doch dann sofort vollkommenste Selbstbeherrschung! Im nächsten Augenblick trat er auch schon zu ihnen an den Tisch. Das alles ging so schnell, daß Ursula sich noch nicht zu fassen vermochte. Ihr Herz schlug ihr bis in den Hals hinauf, und es begann sich einen Moment lang alles um sie zu drehen. Ein heftiger Druck an ihrer Linken von Drencks Hand rief ihr erst wieder die Besinnung zurück.

Nun sah sie, wie Wigand sich mit einer Verneigung zu den Umsitzenden wandte:

„Pardon, meine Herrschaften — ich habe etwas auf mich warten lassen.“

Dann schien es, als ob er erst jetzt die Neuangekommenen bemerkte, und mit einer formellen Verbeugung wandte er sich an Drenck.

Während der letzten wenigen Schritte hatte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219110517-17/fragment/page=0002

Indien und Ägypten mitgemacht hat, erläuterte die (zum Teil vom Kronprinzen aufgenommenen) Bilder. Er erklärte den Zweck der Reise des Kronprinzen in kultureller und praktischer Beziehung und dann begann die reizvolle Wanderung durch indische Städte mit Hilfe des Kinematographen. Man sah das architektonisch schöne Bombay mit seinem Straßenverkehr, die den unsrer Weltstädte bei weitem übertrifft, und aus einer feenhaften Umgebung in die andre führt uns die geheimnisvolle Lichtbildmaschinerie, bis wir in der Nähe von Haidarabad den Kronprinzen auf der Leopardenjagd sehen. Weiter geht die Reise durch das Tal von Allahabad, wir spazieren durch die den Indern heilige Stadt Benares und gelangen endlich nach Kalkutta, in dessen Hafen uns ein buntbewegtes Bild grüßt. Wie Bombays Straßenverkehr den europäischer Weltstädte übertrifft, so läßt auch der Hafenverkehr von Kalkutta unsre Vorstellungen weit hinter sich zurück. Dann kommt die Reise nach Ägypten. Wir sehen eine Anzahl von Bildern, die nach Photographien des Kronprinzen und der Kronprinzessin hergestellt sind, weilen im Geiste auf dem Pyramidenfeld, machen einen Ausflug an die Quelle des Nils und stehen endlich im Leben und Treiben Kairos, der „europäischen Stadt des Orients". — Wer sonst auf den Kinematographen und seinen verhängnisvollen Einfluß auf die Jugend schalt, der kann sich an solchem Abend mit den Lichtspielen versöhnen, denn sie zeigen ihm, daß auch diese Errungenschaft moderner Technik sich einordnen läßt in den Kreis der kulturfördernden Faktoren. Ein solcher Abend, der den Sinn in die Weite lenkt, Vorurteile über Völker und Staaten beseitigt, unsre Vorstellungen über die Welt jenseits unsrer Grenzen klärt und uns endlich auch künstlerisch genießen läßt, was Menschengeist in hehrer Stunde erdachte, kommt an innerem Werte dem Besuch eines guten Theaters gleich. Freilich, unsre Theater sind verwaist. Die Saison ist vorüber; auch die Kunst hat ihre Jahreszeiten. Wer im Winter im Theater saß, weil's sich so gehört, ist jetzt beim Lawn Tennis oder auf der Rennbahn. Unsre Rennbahnen, lieber Freund, sind noch immer unsre Schmerzenskinder. Seit Jahren besuche ich regelmäßig das „Berliner Jagdrennen". Es ist mir lieb geworden, weil vor etwa acht Jahren dieses bei uns berühmte Rennen einmal zu einem richtigen Schuckelrab wurde. Und so oft ich hinauswandre nach Karlshorst, das Bild bleibt unverändert. Die Menschen wechseln — der Rahmen bleibt derselbe. Mancher, der noch vor wenigen Jahren stolz auf dem Sattelplatz stand und nur am Tote weitete, hängt jetzt schwermütig das Haupt auf, dem Markplatz und wettet eine Mark beim Buchmacher. Seitdem wir nämlich das neue Totalisatorgesetz haben, ist's mit den „Schiebungen" noch fürchterlicher geworden als früher. Hundertfaucende werden täglich heimlich gewettet und wenn wirklich einmal siebenundzwanzig Buchmacher, wie kürzlich, verhaftet werden, sind sofort 54 neue an ihrer Stelle tätig. Der kleine Mann will eben auch sein Vergnügen haben, und der Staat verliert viel Geld durch das Gesetz, das nur die Anlage von Wetten am Totalisator erlaubt. Fast in jeder Straße in Berlin sitzt irgend jemand in einem Zigarrengeschäft oder in einem Restaurant, der auf eigene Kappe „schreibt". Und die Behörden wissen es — und können es nicht ändern.

M. A. D.

## Aus der Woche.

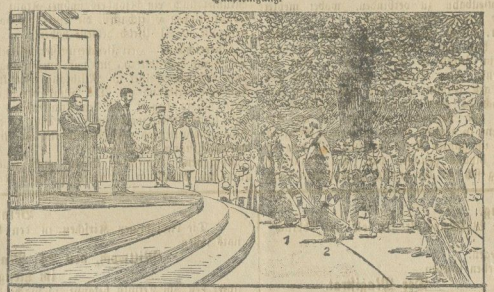
Berlin, den 12. Mai 1911.

Wiederholt hat Kaiser Wilhelm in den letzten Tagen auf seiner Reise nach Karlsruhe, Straßburg, Metz und Wiesbaden den Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg in längerer Audienz empfangen und sich von seinem ersten Berater Vortrag über die politische Lage halten lassen. Und wahrlich, es war notwendig, daß Kaiser und Kanzler sich über die „schwebenden Fragen" verständigten, denn jeder Tag kann einen Entschluß fordern, dessen Tragweite noch nicht zu übersehen ist. In Übereinstimmung mit dem Kanzler und dem Staatsrat hat der Monarch den elsaß-lothringischen Landesausschuß geschlossen, ehe die Beratungen zum Abschluß gekommen waren. Der Landesausschuß ist an seiner Unfruchtbarkeit zugrunde gegangen und es ist ein erfreuliches Zeichen, daß nur die Abgeordneten gegen den Schluß der Tagung waren, während der größte Teil der öffentlichen Meinung die Schließung als eine Erlösung aus der Öde persönlicher Debatten betrachtet. Vielleicht — so hofft man in deutschen Landen — wird, wie im Reichsland, so auch im Reiche, sich eine arbeitsfreudige Mehrheit finden, die über den Streit der Parteien die Forderungen der Zeit und des Vaterlandes stellt. Freilich, Nacht Entscheidendes einzuwenden haben. Es scheint fast, als ob man sich (mit Ausnahme Spaniens) bereits an den Gedanken gewöhnt hat, daß das Schicksal Marokkos besiegelt sei. — Spanien, das sich in seinen marokkanischen Interessen durch das Vorgehen Frankreichs bedroht sieht, wird aber wohl kaum in der Lage sein, anders, als in papierenen Einsprüchen seinem Ärger Luft zu machen; denn die Lage im Innern, die sich unter Canalejas vorsichtiger, wenn auch nicht immer glücklicher Hand zu klären schien, ist plötzlich wieder sehr ernst geworden. In der Hauptstadt Madrid ist ein Streik der Bauleute ausgebrochen, der geradezu revolutionären Charakter trägt. Die Lage wird offenbar durch die beunruhigenden Gerüchte über den Gesundheitszustand des Königs Alfons verschlechtert. Die einen sagen, er kranke an einem Nervenleiden, die andern behaupten, er siesche an einem Lungenleiden dahin. Sicher ist nur, daß der jugendliche Monarch, der auf dem besten Wege war, sich durch seine persönlichen Eigenschaften die Sympathien weiter Kreise seines schönen Landes zu gewinnen, sich von allen Regierungsgeschäften und von der Öffentlichkeit fast gänzlich zurückgezogen hat. Kein Wunder, wenn dynastiefeindliche Bestrebungen sich jetzt wieder bemerkbarer machen, als es seit dem Aufstand in Barcelona der Fall war. — Ganz plötzlich ist aus halber Vergessenheit die „türkische Frage" wieder aufgetaucht. Vertrauend auf die Erklärung der Schutzmächte, daß sie die Oberhoheit der Türkei über die Insel unbedingt verbürgen wollen, hat man in Konstantinopel — jetzt zur Unzeit — beschlossen, mohammedanische Richter auf die Insel zu entsenden; davon will die Bevölkerung nichts wissen und droht mit bewaffnetem Widerstande. Die Schutzmächte werden also wieder einmal vermittelnd eingreifen müssen. Sie müssen eine Operation vornehmen, dürfen aber kein Blut dabei vergießen. — Der Bürgerkrieg in Mexiko spielt sich jetzt in Formen ab, die geeignet sind, den Fremden in Mexiko Sorge um Leben und Eigentum einzuflößen. Es war also durchaus gerechtfertigt, daß die Vertreter der fremden Mächte beschlossen, gemeinsam Schritte zum Schutze der Interessen aller Fremden zu unternehmen. Vielleicht trägt dieser etwas verspätete Entschluß dazu bei, die Parteien einem endgültigen Frieden geneigt zu machen; denn schließlich kommt ihr Unfriede ja doch nur dem Dollar der Ver. Staaten zugute.

M. A. D.

## Die internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden.

Oben: Ankunft des Königs von Sachsen (1) neben ihm Geh. Rat Lingner (2). Unten: Blick auf den Haupteingang.



## Gemeinnütziges.

⊙ **Zum Spargelkochen** bediene man sich eines Netzes; denn das Binden läßt kein gleichmäßiges Kochen des Spargels zu.

⊙ **Betten, die täglich benutzt werden,** sollen stets gelüftet und wenn irgend möglich, alle drei bis vier Monate in freier Luft gesonnt und geklopft werden.

⊙ **Das Nickelgeschirr** wird nach dem Kochen mancher Speisen immer schwarz. Will man wieder die schöne weiße Farbe des Nickels hervorrufen, so kocht man in solchem Topf eine Handvoll Spinatblätter.

## Buntes Allerlei.

⊙ **Änderung im Abschätzungsverfahren für deutschen Tabak.** Im amtlichen Tabak-Abschätzungsverfahren ist eine für die Tabakpflanzer bedeutsame Änderung geplant. Jede mit Tabak bebaute Fläche muß bekanntlich vor dem Abernten von einer amtlichen Kommission besichtigt und auf den Ertrag geschätzt werden. Dies ist für die Pflanzer sehr störend, da das Abernten an guten Tagen möglichst schnell vor sich gehen soll, die Kommissionen in der Hochsaison das Abschätzen aber nicht in der gewünschten Zeit erledigen können. Da ohne Abschätzung aber nicht mit dem Abernten, sog. „Blatten", begonnen werden darf, so tritt für manchen Tabakpflanzer eine Durchkreuzung seines Arbeitsplanes und somit Verlust ein. Die Schwedter Tabakpflanzer hatten sich nun wiederholt an die Königliche Regierung mit der Bitte gewandt, doch eine Neuordnung des Tabak-Schätzverfahrens vorzunehmen. Jetzt soll für diesen Bezirk in diesem Jahre ein neues Abschätzungsverfahren probeweise zur Durchführung gelangen. Die Regierung hat verfügt, daß für die Gemarkungen Schwedt und Vierraden in dieser Saison die sonst übliche Abschätzung durch amtliche Kommissionen unterbleibt. Jeder Tabakpflanzer hat die von ihm bebauten Flächen selbst abzuschätzen und muß das Resultat dem Königlichen Zollamte mitteilen.

△ **Die Musikliebe der Gittschlangen.** Die vielbesprochene Musikliebe der Schlangen verweist der amerikanische Naturforscher Barnard, auf Grund eigener Beobachtungen an Brillenschlangen auf Ceylon, in das Reich der Fabel. Nach seinen Erfahrungen ist die einzige Wirkung der Musik auf die Schlange die, die Neugier des Reptils zu erregen, die übrigens durch jeden lauten, scharfen Ton erweckt wird. Die Brillenschlange streckt den Kopf aus ihrer Höhle, wenn sie die Flöte des Schlangenbeschwörers hört, aber ebenso auch beim Klirren einer Kette oder dem pfeifenden Laut einer durch die Luft schlagenden Gerte. Es scheint, als ob sie nur hohe Töne wahrnimmt, denn tiefe Flötentöne und Trommelschlagen wirken auf sie nicht.

* * *

e **Vor Gericht.** Richter: „Sie sollen Ihren Lehrling in der unmenschlichsten Weise geprügelt haben!" — Angeklagter: „Ach, Herr Richter, ich konnte mit dem Menschen nicht durchkommen: er ist zu dumm, ein wahrer Idiot!" — Richter: „Ach was, Idioten sind auch Menschen, genau so wie Sie und ich."

---

er bei aller inneren Aufgeregtheit blitzschnell überlegt: Sollte er sie wie ein Bekannter begrüßen? Aber wer stand ihm dafür, daß ihn nicht Drenck, nach allem, was geschehen, mit brüskier Kälter verleugnete? Nein, dem konnte und wollte er sich nicht aussetzen, hier vor den Augen seiner Patienten. Außerdem war es für sie alle, die ein hohnvoller Zufall hier gegen ihren Willen zusammengeführt hatte, auch erträglicher, sie stellten sich auf den Fuß von Wildfremden. Hätten sie sich vor den andern als Bekannte begrüßt, so wären doch die üblichen Fragen nach diesem und jenem nicht zu vermeiden gewesen. So brauchten sie wenigstens nicht an der Vergangenheit zu rühren.

„Wigand — der dirigierende Arzt des Hauses," stellte sich Wigand vor, und keine Miene in seinem Antlitz verriet, was er in diesem Augenblick empfand. Nur der fast starre Ernst seiner Züge hätte einem scharfen Beobachter auffallen müssen.

Wie aus weiter Ferne hörte dann Ursula die Stimme ihres Mannes schallen — kühl und ihr unverständlich ruhig:

„Drenck — meine Frau!" Und während sie so wie eine Wildfremde dem Mann vorgestellt wurde, dessen Verlobte sie einst gewesen, der so furchtbar bestimmend in ihr ganzes Leben eingegriffen hatte, fühlte sie seinen Blick auf ihrem Antlitz ruhen, nur sekundenlang, aber so bohrend, so heiß brennend, daß sie es wirklich körperlich schmerzhaft zu empfinden meinte.

„Meine Frau!" Die zwei Worte hatten plötzlich einen zuckenden Blitz grellleuchtend in Wigands Seele geschleudert, in die dunkle Tiefe, wo eine grosses Weh, nur mit Gewalt bezwungen, dumpf lauerte. Er hatte ja seit damals, als er in die Welt hinausgestoßen war, nichts mehr von Ursula und Drenck gehört. Sein Schicksal hatte ihn ruhelos bald hier, bald da herumgeworfen. Keinerlei Beziehungen zur alten Heimat bestanden mehr, so hatte er nicht gewußt, nie erfahren, was aus den beiden andern geworden war.

Wohl hatten sich seine Gedanken im immer wiederkehrenden Durchleben der trübseligen Geschehnisse nur allzuoft mit ihnen beschäftigt, aber nie war ihm die Möglichkeit aufgedämmert, daß jene beiden — Nein niemals! Denn wie sehr er auch damals Drencks Interesse für seine Braut beargwöhnt hatte, er hatte darauf geschworen, daß Ursula ihrerseits frei von jeder Gedankenschuld war. Und dann erst nach der unseligen Katastrophe! Er hätte es für ganz undenkbar gehalten, daß Ursula — wenn sie sich auch vielleicht später wieder einmal verlobte — den Lebensbund mit jenem Dritten schließen könnte, um den doch all das Unglück gekommen, der selbst in den Strudel des Verderbens so gefährlich mit hineingerissen worden war.

Freilich, wie er da oben nun vor einer halben Minute die beiden vor sich erblickt hatte, allein reitend, nebeneinander, da hätte er es ja eigentlich wohl schon ahnen müssen. Aber das Erschrecken über dies Wiedersehen und im nächsten Moment wieder die notwendige Überlegung seines Verhaltens hatten ihn so ganz innerlich in Anspruch genommen, daß er sich dessen vorhin gar nicht bewußt geworden war, was dieses Nebeneinander für ihn zu bedeuten hatte.

„Meine Frau!" Nun enthüllten ihm die kalten, selbstverständlichen Worte mit einem Ruck das wahre Bild der Situation: er war beiseite geworfen, aus seinem Recht und Besitz gestoßen worden, damit der Eindringling seinen Platz erhalten konnte. Auf den Trümmern seines zerstörten Lebens hatten die beiden da unbedenklich ihr neues Glück gezimmert. Großer Gott, wie war es möglich — wenigstens von ihr, die bisher, wenn auch nicht frei von Schuld, so doch aber als ein völlig einwandfreier Charakter von Ehre und Gesinnung, als eine Unglückliche vor seiner Seele gestanden hatte, der er kein kleinmerkstes Mitleid niemals versagen konnte.

Aber nun? Wo sie diesen Schritt in einer ihm unfaßbaren Gefühlsroheit begehen konnte? Ja, jetzt — mein Gott — jetzt fiel ja mit einem Male überhaupt das rechte Licht auf jene Begebnisse, die zu der ganzen Katastrophe geführt hatten. Wie Schuppen fiel's ihm von den Augen: die beiden jetzt Mann und Frau — also das war es gewesen, was damals hinter ihrem vermeintlich harmlosen Treiben gesteckt hatte! Sie, die er wie eine Heilige verehrt, für deren Lauterkeit in jedem Gedanken, solange sie sein war, er noch vor einer Minute jeden Eid geschworen hätte, sie hatte damals schon als seine Braut das verräterische Spiel mit jenem getrieben. Betrogen, verraten war er worden, und sie hatte ihm obendrein den Laufpaß gegeben!

Ah! Es war Wigand einen Augenblick, als ob er ersticken müsse, so wallten Stolz, Empörung und lodernder Haß in ihm auf. Aber er bezwang sich, und nur sein Blick, der sich einen Moment lang in den ihren bohrte, verriet die qualvolle Glut, die in ihm brannte.

Ursula fühlte diesen Blick, und nun hob sie auch die Augen zu ihm auf. Es war noch im Moment der Vorstellung — alle diese Empfindungen durchjagten ihre Seelen ja blitzschnell, zusammengedrängt in eines Atemzuges Länge — und es mußte ja der Leute wegen geschehen. Aber sie fühlte, daß ihr alles Blut aus den Wangen gewichen war, und daß ihr Blick, mit dem sie, an seinen Augen vorbei, in sein Antlitz sah, flimmerte und zitterte, doch auch ihre Mienen trugen die täuschende Maske gleichgültiger Kälte. Sie beide, Ursula und Drenck, mußten so auf die Umstehenden den Eindruck unangenehm tolerierter, hochmütiger Menschen machen; aber sei es darum! Was gingen sie schließlich auch die andern an?

Wigand hatte sich inzwischen auf seinen Platz am Kopfende zwischen Drenck und der ältesten Dame zu seiner linken niedergelassen. Er zog die Serviette aus dem Ring und entfaltete sie. Seine schmalen, jeden Ringschmuck entbehrenden Hände zeigten dabei ein heimliches Zittern. Ursula sah esunter den wieder gesenkten Wimpern, und wie sie auf diese nervös zuckenden Finger schaute, schoß es ihr plötzlich durch den Kopf, wie oft sie damals diese Hände geliebkost und ihm gesagt hatte, sie wären das Schönste an ihm — wahrhaft vornehme Hände.

Nr 18 (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219110517-17/fragment/page=0003

## Vermischtes.

**Das massenhafte Auftreten des Maikäfers** fordert eine energische Bekämpfung. Mit jedem weiblichen Käfer, der getötet worden ist, hat man ca. 50 neue vernichtet. Und gerade die Larve ist das Schädliche; denn diese liegt drei Jahre in der Erde ihrem Vernichtungswerke ob. Sie geht an die Gartengewächse, ja sogar an die zarten Wurzeln der Bäume und nimmt so den Bäumen die Möglichkeit, die zum Gedeihen notwendigen Stoffe der Erde zu entziehen. Eingang der Bäume ist dann oftmals die natürliche Folge. Die zahlreiche Kinderschar, die dem Fang der Käfer obliegt, sei darauf hingewiesen, daß sie mit dem Fange der Landwirtschaft einen großen Dienst enoeist, nur sollte sie die Käfer töten und nicht wieder fortfliegen lassen. Der Maikäfer wird von Hühnern gern gefressen und gibt auch ein gutes Düngemittel ab. Der Fang lohnt sich besonders nach lauen Nächten, da die Käfer von ihren Liebesspielen ermüdet sind und dann an den Aesten und Zweigen der Bäume nicht fest haften. In diesen Tagen wird wohl der Maikäferflug beendet werden, es ist daher höchste Zeit, das Vernichtungswerk mit aller Energie fortzusetzen.

**Von der Unstrut.** Der Stand der Wintersaaten hat sich infolge der anhaltenden Trockenheit erheblich verschlechtert und auch die Sommersaaten, die recht gut aufgegangen waren, bedürfen ebenso dringend wie die Kleefelder durchdringender Niederschläge. Für erstere insbesondere aber die Roggenfelder kommen leider die sehnlichst erwarteten Niederschläge schon zu spät, da sie bereits Aehren angesetzt haben und der Strohertrag dürfte heuer ein noch geringerer werden als im vorigen Jahre. Inzwischen setzen Mäuse und Hamster, begünstigt durch die Trockenheit, ihr Zerstörungswerk fort und in den Wäldern ist das frische Eichenlaub durch die in Myriaden auftretenden gefräßigen Maikäfer schon gänzlich vernichtet. Nur durchdringende recht baldige Niederschläge könnten noch Wandel schaffen. — Hier werden jetzt folgende Viehpreise gezahlt: Für Schweine 43—45, für Kälber 50—52, für Hammel 35, für Rinder 35—38, für Stiere 40—43 Mk. für den Zentner lebendes Gewicht.

**Das große Los.** In der Ziehung vom 13. Mai der preußischen Klassenlotterie fiel ein Gewinn von 500000 Mark auf die Nummer 12332. Das Los wird in kleinen Anteilen in Berlin und in Duisburg gespielt.

**Querfurt.** Die Gewerkschaft Orlas zu Nebra a. U. beabsichtigt, ihre beiden Schachtanlagen bei Wippach mit dem bei Kleinwangen vorgesehenen Grubenanschlußbahnhofe durch eine Drahtseilbahn zu verbinden, wobei mehrere Wege gekreuzt werden sollen.

**St. Ulrich** (Mücheln), 11. Mai. Gestern fand hier die feierliche Beisetzung der nach langem Leiden in Berlin am 6. Mai verstorbenen Frau Elisabeth Florentine von Helldorff geb. Gräfin von der Schulenburg statt, die sich zu einer erhebenden Kundgebung der Liebe und Verehrung gestaltete, die die Entschlafene in reichem Maße in hiesiger Gemeinde sowie im ganzen Kreise Querfurt und weit darüber hinaus genossen hat. Die Trauerfeier vollzog sich in der herrlich geschmückten Dorfkirche, die die Fülle der Teilnehmer aus allen Ständen und von nah und fern kaum zu fassen vermochte. Der Ortspfarrer knüpfte seine Gedächtnisrede an das Psalmwort 37,5 an, den Trau- und Lieblingsspruch Heimgegangenen. Erhebender Gesang eines Lehrerquartetts erhöhte den Eindruck der Feier hier sowie am Grabe. Auf dem Gottesacker hielt P. Küstermann-Reinsdorf den Nachruf unter Zugrundelegung des Schriftwortes: Siehe, wir preisen selig, die erduldet haben. Er schilderte die echt christliche Gesinnung der Verstorbenen, die sie wie ihr ganzes Leben in vorbildlicher Treue, so besonders in ihrer schweren Leidenszeit praktisch bewährt hat. Ebenso auch in unermüdlicher Barmherzigkeitsübung, die sie in engste Berührung mit allen Notleidenden und Kranken der Gemeinde brachte. Wo immer sie konnte, da half sie mit warmem Herzen und mit offener Hand. Für die dankbare Verehrung, die die Entschlafene in weitesten Kreisen genoß, legten auch die zahllosen herrlichen Blumenspenden beredtes Zeugnis ab, darunter auch ein besonders schöner Kranz der kronprinzlichen Herrschaften, die 1907 als Hochzeitsgäste in St. Ulrich geweilt haben.

**Obereichstedt.** Herr Fleischermeister Wilhelm Schumann hierselbst zog sich vor einigen Tagen beim Schlachten einer an Milzbrand erkrankten Kuh eine Verletzung zu. Die Wunde verschlimmerte sich so, daß er nach dem Krankenhaus in Halle transportiert werden mußte. Dort ist der Bedauernswerte trotz aller Gegenmittel an Milzbrandvergiftung gestorben.

**Roßleben.** Die leidige Unsitte, zum Feueranmachen Petroleum zu verwenden, hat wiederum ein Opfer gefordert. Die jüngste im blühenden Alter von 19 Jahren stehende Tochter des hiesigen Kaufmanns Herm. Hilpert, welche bei Verwandten in Klein-Furra zu Besuch weilte, goß zur schnellen Entfachung des Feuers Petroleum auf die jedenfalls noch glimmende Asche. Die aufschlagende Flamme brachte sofort den Inhalt der Petroleumkanne zur Explosion und hüllte dann die Unglückliche in ein Feuermeer. Die den größten Teil des Körpers bedeckenden Brandwunden führten am andern Tage zum Tode. Der betroffenen Familie wird allgemeine Teilnahme entgegengebracht. Möchte dieser traurige Fall vielen zur Warnung dienen.

**Liberales Wahlabkommen für die Provinz Sachsen.** Zwischen dem geschäftsführenden Ausschuß der Nationalliberalen Partei und der fortschrittlichen Volkspartei ist unter Zustimmung der beiderseitigen Lokalorganisationen der Provinz Sachsen folgendes Wahlabkommen abgeschlossen: Den Nationalliberalen fallen die folgenden 9 Wahlkreise zu: Salzwedel-Gardelegen, Osterburg-Stendal, Neuhaldensleben-Wolmstedt, Wanzleben, Calbe, Halberstadt, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und Erfurt. Der fortschrittlichen Volkspartei fallen zu die 8 Wahlkreise: Jerichow, Wittenberg-Schweinitz, Halle, Mansfeld, Merseburg-Querfurt, Naumburg-Zeitz, Nordhausen und Mühlhausen-Langensalza. Im Wahlkreise der Stadt Magdeburg unterstützen beide Parteien die Kandidatur Kobelt. Diesem Abkommen entsprechend haben jetzt die Nationalliberalen ihre Kandidatur in Nordhausen zurückgezogen.

---

### Bekanntmachung.

Das im Wasserweg belegene frühere Grube'sche Wohnhaus Nr. 99 soll auf Abbruch verkauft werden.

Angebote nehmen wir bis 1. Juni d. Js. entgegen.

Die Verkaufsbedingungen können bei uns eingesehen werden.

Nebra, den 9. Mai 1911.

**Der Magistrat.**
**Pröschold.**

### Bekanntmachung.

Die **Aushebung** für die Stadt **Nebra** findet am

**Dienstag, den 6. Juni d. Js., vormittags 9¼ Uhr**
**in der Sekkellerei zu Freyburg a. U.**

statt.

Die Militärpflichtigen erhalten die Gestellungsbefehle zugestellt und werden auf **pünktliche Befolgung** hingewiesen.

Die durch **Krankheit am Erscheinen** verhinderten Militärpflichtigen haben sich bei dem Königlichen Herrn Landrat unter Vorlegung **ärztlicher von der Polizei-Behörde beglaubigter Zeugnisse** rechtzeitig entschuldigen zu lassen, widrigenfalls sie, sowie alle ohne genügenden Grund Ausbleibenden oder zu spät Erscheinenden, die gesetzliche Strafe zu gewärtigen haben.

Militärpflichtige, welche erst **nach der ersten Aushebung** hierher verzogen sind, und sich in diesem Jahre noch keiner Ersatzkommission vorgestellt haben oder zur Gestellung vor der Ober-Ersatzkommission verpflichtet sind, haben sich sofort unter Vorlage der Losungs- bezw. Geburtsscheine bei uns zu melden.

Zum **einjährigfreiwilligen Dienst Berechtigte**, welche von einem Truppenteil als unbrauchbar abgewiesen sind, und infolgedessen von der Ober-Ersatzkommission eine endgültige Entscheidung zu erwarten haben, haben sich alle selbigen noch nicht geschehen, unter Vorlegung des Berechtigungsscheines und des über die erfolgte Abweisung erhaltenen Ausweises **sofort** bei dem Königlichen Herrn Landrat zu Querfurt anzumelden.

Die etwa bei der diesjährigen ersten Aushebung als unbegründet zurückgewiesenen, sowie begründete Reklamationen unterliegen der nochmaligen Prüfung und Entscheidung durch die Ober-Ersatzkommission. **Es müssen deshalb die Angehörigen, auf deren Erwerbs- und Unterstützungsunfähigkeit die Reklamationen gestützt sein sollten, im Aushebungstermine mit anwesend sein.**

**Reklamationen**, zu denen die Veranlassung erst nach der ersten Aushebung eingetreten ist, sind nach dem vorgeschriebenen Formulare in doppelter Ausfertigung bis spätestens den **18. Mai d. Js. an den Kgl. Herrn Landrat zu Querfurt** einzureichen.

Militärpflichtige, welche an **Epilepsie** oder sonstigen **äußerlich nicht sichbaren Gebrechen** zu leiden behaupten, haben dies durch ein Zeugnis des Kgl. Kreisarztes nachzuweisen, oder im ersteren Falle auf eigene Kosten drei glaubhafte Zeugen im Aushebungstermine zu stellen.

Die Mannschaften haben mit reingewaschenem Körper und reinlicher Leibeswäsche zu erscheinen.

Nebra, den 13. Mai 1911.

**Der Magistrat.**
**Pröschold.**

### Bekanntmachung.

Als gefunden wurde hier ein golddurchwirkter, mit vergoldeter Schnalle versehener **Gürtel** abgegeben.

Der Eigentümer wird hierdurch ersucht, sich auf unserem Bureau zu melden und sein Eigentumsrecht nachzuweisen.

Nebra, den 16. Mai 1911.

**Die Polizeiverwaltung.**
**Pröschold.**

## Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

**Freitag, den 19. Mai 1911, Abends 8 Uhr.**

Vorlagen:

1. Wiedereinführung der Hundesteuer.
2. Versicherung städtischen Eigentums gegen Feuersgefahr.
3. Klage auf Zahlung von Krankenhauspflegekosten pp.
4. Friedhofsabschluß.
5. Instandsetzung des Drahtzaunes im Bürgergarten.
6. Verkauf städtischen Grundbesitzes.
7. Gesuch der Jugendfürsorgezentrale.
8. Mitteilungen.
9. Versicherung der Obstplantagen.

Nebra, den 15. Mai 1911.

**Der Stadtverordnetenvorsteher.**
**Waldemar Kabisch.**


In **Geraer-Greizer Kleiderstoffen** sowie **Elsässer Baumwollwaren** sollen hier und an allen größeren Orten der Umgebung

**Etagen-Geschäfte**

in **Resten und Abschnitten** eingerichtet werden. Kein Laden, passend für jede Frau. Zahlungsfähige Interessenten wollen Offerte unter **„Reste"** an **Hasenstein & Vogler A.-G., Leipzig**, senden.

**Feinste Matjes-Heringe**

empfiehlt **Waldemar Kabisch.**

**Ausgleichung.**

**Sämtliche an unseren verst. Vater fälligen Forderungen, sowie die noch im Rückstande stehenden Zahlungen bitten wir bis zum 1. Juni 1911 zu erledigen.**

Geschwister **Reinhardt.**
**Nebra, im Mai 1911.**

**Apfelsinen**

trafen ein bei **Waldemar Kabisch.**


### Bekanntmachung.

Die diesjährigen **Kirschen** in den hiesigen Kommunal-Anpflanzungen und des Diakonats sollen

**Mittwoch, den 24. Mai d. Js., nachmittags 3 Uhr,**
**im hiesigen Ratskeller**

unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen im Wege des Meistgebots verkauft werden.

Nebra, den 13. Mai 1911.

**Der Magistrat.**
**Pröschold.**


**Kirschen-Verkauf.**

Der diesjährige **Kirschenanhang** der Rittergüter **Nebra** mit **Wippach** und **Birkigt** soll

**Mittwoch, den 24. Mai cr., nachmittags 3½ Uhr,**
**im hiesigen Ratskeller**

unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen gegen sofortige Barzahlung verkauft werden.

**von Helldorff'sches Rentamt.**

**Kirschen-Verkauf.**

Der diesjährige Anhang an Süß- und **Sauerkirschen** in den Plantagen des Rittergutes **Zingst** soll

**Mittwoch, den 24. Mai cr., nachmittags 4 Uhr,**
**im Ratskeller zu Nebra**

unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen meistbietend verkauft werden.

**von Helldorff'sche Gutsverwaltung.**

**Überzeugen Sie sich, daß die Deutschland-Fahrräder**

in der Qualität **die besten**, dabei im Preise **außerordentlich billig** sind. Verlangen Sie gef. kostenfrei illustr. über 400 Seiten starke u. 28x35cm. große Preisliste - die reichhaltigste d. Branche auch über Radfahrer-, Auto- und photogr. Bedarfsartikel, Nähmaschinen, Waffen, Uhren, Musik- und Goldwaren etc. von

**August Stukenbrok, Einbeck 11**
größtes Fahrradhaus Deutschlands.

**Steckenpferd-Lilienmilch-Seife**
v. Bergmann & Co., Radebeul.
Preis à Stück 50 Pfg., ferner macht der **Lilienmilch-Cream Dada** rote und spröde Haut **in einer Nacht** weiß und sammetweich. Tube 50 Pfg. bei:
**Walter Gutsmuths**, Drog.

**Frisch geräuch. Flundern**

empfiehlt **Waldemar Kabisch.**

**Liebhaber**

eines zarten, reinen **Gesichtes** mit rosigem jugendfrischem **Aussehen** und blendend schönem **Teint** gebrauchen nur die echte

**Bäckerei**

sofort oder später

**zu pachten gesucht.**

**Gemeindebäckerei nicht ausgeschlossen.**
Gefl. Offerten unter **G. S. 100** postlagernd **Naumburg S.**

**Maurer und Arbeiter**

stellt ein **C. Knabe**, Baugeschäft, **Roßleben a. U.**


### Dank.

Nach dem schmerzlichen Heimgang meiner lieben, unvergesslichen Frau sind mir so viele Beweise warmherziger und vielfach rührender Teilnahme zu Teil geworden, dass ich fürchten muss jedem Einzelnen nicht in gebührender Weise persönlich danken zu können.

Jedem Einzelnen aber, wie auch den Gemeinden, Kirchengemeinden und Korporationen, welche durch Blumen nicht weniger, als durch teilnehmende Worte meinem trauernden Herzen so ausserordentlich wohl getan haben, möchte ich daher hierdurch meinen tiefempfundenen herzlichen Dank ausgesprochen haben.

**von Helldorff-St. Ulrich.**

Für die wohltuenden Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen sprechen wir hiermit unsern innigsten Dank aus.

**Nebra**, den 15. Mai 1911.

Die trauernden Familien **Hohlbein** und **Komitsch.**


Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Karl Stiebitz in Nebra.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219110517-17/fragment/page=0004

# Nebraer Anzeiger

## für Stadt und Umgegend.

Erscheint
Mittwoch und Sonnabend.
Abonnementspreis
vierteljährlich 1,05 Mk. pränumerando, durch die Post oder andere Boten 1,20 Mk., durch die Briefträger frei ins Haus 1,45 Mk.

Gratisbeilagen:
Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirtschaftliche Beilage.

Insertionspreis
für die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., bei Privatanzeigen 10 Pfg. Reklamen pro Zeile 25 Pfg.
Inserate
werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

Amtliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. U.

Nr. 39. Nebra, Mittwoch, den 17. Mai 1911. 24. Jahrgang.


## Blumentage und Armenpflege.

Überall wo Kultur und Zivilisation ihren Einzug halten, folgt ihnen auf dem Fuße ein unheimlicher Gast: die Armut. Die Kultur schafft neue Erkenntnisformen, bahnt neue Erkenntniswege und erweitert auf diese Weise schnell die Kluft zwischen den Geistern. Die Zivilisation bringt neue Wirtschaftsformen und schafft ihrerseits die Verschiedenartigkeit der Lebenshaltung. Im Kampf um die Lebenshaltung und um erhöhte Daseinsformen sind die Geschlagenen die Armen. Es gibt nur wenige Staaten, die ihren Armen unter allen Umständen ein gesetzlich gewährleistetes

**Recht auf Unterstützung**

zugestehen. Im allgemeinen überläßt unsre „in sozialen Bestrebungen fast übereifrige Zeit" diese Fürsorge den Gemeinden und diese wieder üben sie aus in Gemeinschaft mit privaten Vereinen und Gesellschaften. Man steht eben auf dem Standpunkt hervorragender Rechtslehrer, die da meinen: Wenn man den Armen grundsätzlich das Recht auf Unterstützung abspricht, so werden sie angespornt, ihre Kräfte aufs äußerste anzustrengen, um ihre Bedürfnisse aus eigener Kraft zu decken. Anderseits aber verstärkt sich der

**Trieb der Wohlhabenden zur Hilfe,**

weil man erfahrungsgemäß mit größerem Eifer tut, was dem eigenen Antriebe entspringt. Das scheint etwas für sich zu haben, aber man vergesse doch nicht, daß Wohltätigkeit in großem Stile nur in aller Offentlichkeit (und nur vor dieser) getrieben wird in Festkonzerten, Festessen usw., und daß die wahrhaft Wohltätigen, „die am Leiden ihrer Brüder mit leiden", nach keinen äußeren und inneren Gründen, nach keinem Schein und keiner Veranlassung fragen, weil sie wohltun nach einem Himmelsschluß. Das ist echte Wohltätigkeit und Armenpflege, die sich aber schwerlich von Staat und Gemeinde organisieren lassen wird. Alle dahinzielenden Versuche müssen mit Naturnotwendigkeit scheitern. So sucht man denn immer wieder nach mehr oder minder guten

**Ersatzmitteln für die Organisation,**

die natürlich die direkte, aus warmem Herzen, aus freigebiger Hand kommende Hilfe bei weitem nicht ersetzen kann. So sind auch die modernen Blumentage entstanden, die durchaus nicht überall begeisterter Zustimmung begegnen. Hat doch der geniale Leiter der „Berliner Zentrale für private Fürsorge", Dr. Levy, sich in glänzender Rede gegen die Blumentage in Groß-Berlin erklärt. Gewiß, es ist nicht zu leugnen, daß diese Margueritentage (warum verhunzt man das Wort auf alle möglichen Schreibweisen?) Geld einbringen zum Frommen der Armen. Aber wenn sie mit einem Pomp veranstaltet werden, wie einige der jetzt im Reiche geplanten, verlieren sie für die Gebenden wie für die Empfangenden jeden

**ethischen Wert.**

Wenn wir Reiterfestspiele und glänzende Bälle, Künstleraufzüge und venetianische Nächte „zum Besten der Armen" veranstalten, wollen wir doch nicht vergessen, daß wir daran teilnehmen (in erster Linie) weil es zum guten Ton gehört, dabei gewesen zu sein, aber wichtiger noch ist, daß wir nicht vergessen, wie sehr wir die Kluft vergrößern zwischen Besitzenden und Armen, die mit starren, freudeleeren Augen auf die rauschenden Festlichkeiten schauen. „Wohltun soll dem sozialen Verantwortlichkeitsgefühl entspringen." Das muß auch den Blumentagen als Leitsatz dienen, die daher

**so einfach wie möglich**

gestaltet werden müssen. Sie sind keine Triumphfeste, die wir nach einem Siege über das Elend feiern können; denn schließlich reicht unsre helfende Hand ja nur an die Oberfläche. Wir sehen nicht die Tiefe, die Existenzen birgt, die stolzen Herzens Armut und Leid, Sorge und Not tragen müssen, weil ihr Schicksal aus mannigfachen Gründen der Welt verborgen bleiben muß. Bei dem einen heißt es Rücksicht nehmen auf seine Stellung. Ist er in sozialer Bedrängnis, darf er sich niemand anvertrauen. Ihm kann und wird kein Armenvorsteher helfen. Bei dem andern wieder gilt es Rücksicht auf die Familie nehmen. Auch er muß schweigend, vom Glücksreigen des Lebens ausgeschlossen, einsam den doppelt schweren Lebenskampf führen. Darum sollen unsre Blumentage stille Feiertage der Nächstenliebe, keine rauschenden Feste zu unserm Vergnügen sein.

M. A. D.

## Aus dem Reichstage.

Der Reichstag setzte am Freitag die Besprechung der Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung über die Zusammensetzung der Krankenkassen fort. Abg. Heinze (nat.-lib.) führte aus, die Sozialdemokratie habe die Parole ausgegeben, die Kassen zu erobern. Man könne eine soziale Wohlfahrtseinrichtung nicht einer Partei überantworten. Der Abg. Behrens (wirtsch. Vgg.) gab der Zustimmung seiner Freunde zur Vorlage Ausdruck. Abg. Schmidt-Berlin (soz.) warf der Rechten Interessenpolitik und verächtliche Heuchelei vor. Abg. Kulerski (Pole) warnte davor, den Sozialdemokraten neuen Agitationsstoff zu liefern. Abg. Irl (Ztr.) warf dem Abg. Eichhorn Unterschlagung wichtiger Beweispunkte sozialdemokratischer Mißbräuche vor. Abg. Cuno (fortschr. Vp.) stimmte den Vorschriften gegen den Mißbrauch der Kassen zu. Abg. Heine (soz.) bezeichnete die neuen Bestimmungen als einen Gewaltakt. Alle Reichsverbandslügen seien erfolglos geblieben. Nachdem noch Ministerialdirektor Caspar die Angriffe des Vorredners auf das Material der Regierung zurückgewiesen und Abg. Potthoff (fortschr. Vp.) die Anträge der Freisinnigen empfohlen hatte, schloß die Erörterung. Die Abstimmung ergab die Annahme der Kommissionsbeschlüsse.

Am 13. d. Mts. wird die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung fortgesetzt.

§ 343 und § 349 enthalten Bestimmungen über die Organe der Landkrankenkassen. Die Sozialdemokraten, Volkspartei und Polen beantragen Streichung der Bestimmungen.

Abg. Fegter (fortschr. Vp.): Diese Bestimmungen sind ein Ausnahmegesetz gegen die Landarbeiter. Die Regierung hat sich in der Kommission als Vertreterin der privilegierten Minderheit gefühlt. Nicht wir sind die Schrittmacher der Sozialdemokratie, sondern Sie!

Abg. Stücklen (soz.): Die Landkassen sind ein Hohn auf die Krankenversicherung. Sie sind eine verschlechterte Armenpflege zur Entlastung der Besitzenden, ein Ausnahmegesetz. Die Landarbeiter werden Ihnen die Quittung bei der nächsten Wahl geben. Lehnen Sie unsre Anträge ab, dann ist das eine politische Heuchelei.

Präsident Graf Schwerin: Diesen Ausdruck muß ich rügen.

Abg. Kulerski (Pole): Auch wir sehen in den Bestimmungen ein Ausnahmegesetz, gerichtet gegen polnische Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Vom Zentrum hängt jetzt viel ab. Ihre Freundschaft zu den Konservativen ist nur Abhängigkeit.

Ministerialdirektor Caspar: Gegen die Behauptung, daß es sich um ein Ausnahmegesetz handele, lege ich Verwahrung ein. Es handelt sich um eine

**Verbesserung der Lage der Landarbeiter.**

Die Aufrechterhaltung dieser Bestimmungen ist die unerläßliche Vorbedingung für die Einführung der landwirtschaftlichen Krankenversicherung überhaupt.

Abg. Arnstadt (kons.): Zu den Landkassen gehören die Landarbeiter, das Gesinde, die Wanderbetriebe, die Hausgewerbetreibenden und die unständig Beschäftigten. Es wird immer nur eine beschränkte Anzahl ihr Wahlrecht ausüben können. Die Dienstboten können nicht abkommen, ihrem Wahlrecht zu genügen. Auch die räumliche Entfernung spricht sehr gewichtig mit. Unsre landwirtschaftlichen Arbeiter legen auch wirklich wenig Wert auf das Wahlrecht. (Zurufe des Abg. Fegter (fortschr. Vp.). Wir vertreten die Landarbeiterinteressen mindestens so gut wie Sie, Herr Fegter. Ich protestiere mit aller Entschiedenheit dagegen, daß wir die landwirtschaftlichen Arbeiter zu

**Arbeitern zweiter Klasse**

degradieren lassen. Was nützt denn überhaupt den Landarbeitern ein Wahlrecht, dessen Ausführungen soviel im Wege steht? Wer wählt? Ein paar Dutzend von gewisser Seite beeinflußte Arbeiter, die nach politischen Grundsätzen wählen würden, und für eine solche Vertretung danken unsre Arbeiter. Denn, was ist das Ziel der Sozialdemokratie? Sie wollen nur festen Fuß auf dem Lande fassen, was ihnen bisher nicht gelungen ist. Unsere ländlichen Arbeiter sind Gott sei Dank monarchisch gesinnt. Unsere Arbeiter wissen sehr wohl, wo ihre Freunde sind.

Abg. Korfanty (Pole): Ich gebe nochmals der Forderung Ausdruck, die Bestimmungen zu streichen.

Ministerialdirektor Caspar: Ich kann meine Erklärung von vorhin nur in aller Form wiederholen.

Nachdem noch die Abgg. Hoch und Lehmann-Wiesbaden (soz.) sowie Abg. Mugdan (fortschr. Vp.) ihre Behauptung von der Entrechtung der Arbeiter wiederholt, schließt die Diskussion.

In der namentlichen Abstimmung wird § 343 mit 170 gegen 103 Stimmen, § 349 mit 179 gegen 96 Stimmen, in beiden Fällen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Es folgt § 345, der die Wahl der Beisitzer bei den Ortskrankenkassen regelt. Das Stimmrecht der einzelnen Arbeitgeber bemißt sich nach der Zahl ihrer versicherungspflichtigen Beschäftigten; die Satzung kann es abstufen und eine Höchstzahl vorschreiben.

Abg. Busold (soz.) begründet den Streichungsantrag der Sozialdemokraten. Der § 345 ist eine schmachvolle Entrechtung des Handwerks. (Vizepräsident Spahn ruft den Redner zur Ordnung.) Ich bin selbst Handwerker. Das Kleinhandwerk darf den Großbetrieben die qualifizierten Arbeiter ausbilden, aber beim Wahlrecht wird es durch die Mittelstandsparteien unterdrückt.

Der Antrag wird ohne weitere Erörterung abgelehnt.

Als § 355 beantragen die Sozialdemokraten: Der Kassenvorstand (bei Kassen aller Art) ist verpflichtet, den Gewerbeaufsichtsbeamten auf Verlangen Auskunft über Zahl und Art der Erkrankungen zu erteilen. Ein Ausgleichsantrag Schultz fügt diesem Antrage der Sozialdemokraten hinzu: Die oberste Verwaltungsbehörde kann hierüber Näheres bestimmen.

Abg. Severing (soz.) begründet den Antrag und stimmt dem Zusatz zu.

Abg. Schickert (kons.): Wir können dafür mit dem Zusatz stimmen. Eine gewisse Regelung durch die oberste Verwaltungsbehörde halten wir allerdings für notwendig, schon damit der statistische Eifer nicht zu weit führt.

Der Antrag der Sozialdemokraten wird mit dem Zusatz angenommen.

Nach § 372 ist es nach Bestimmung der obersten Verwaltungsbehörde zulässig, Kassenmittel für den Besuch von Versammlungen zu verwenden, die den gesetzlichen Zwecken der Krankenversicherung dienen sollen. Die Sozialdemokraten beantragen, dies von der Bestimmung der Aufsichtsbehörde unabhängig zu machen.

Abg. Büchner (soz.) begründet den Antrag und geht auf die Debatten der letzten Tage ein, spricht von einem

**Verrat der Arbeitervertreter des Zentrums**

und von einer schnöden Entrechtung der Landarbeiter.

Vizepräsident Schultz erteilt dem Redner scharfe Rügen. Der Abschnitt über die Verwaltung der Kassenmittel wird erledigt.

Mit § 377 beginnt der Abschnitt über das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten. § 378 [illegible] der Kommissionsbeschluß: Die Beziehungen [illegible] den Krankenkassen und Ärzten werden durch schriftlichen Vertrag geregelt; die Bezahlung anderer Ärzte kann die Kasse, von dringenden Fällen abgesehen, ablehnen. Der polnische Antrag will, daß nur ein wichtiger Grund zur Ablehnung führen kann, der weder religiöser noch politischer Natur sein darf.

Abg. Korfanty (Pole): Polnische Ärzte werden grundsätzlich von den Kassen ausgeschlossen. Die Arbeiter müssen die freie Arztwahl haben.

Die Kommissionsfassung wird bestätigt.

Nach § 385 kann der Kassenvorstand durch die Satzung ermächtigt werden, wegen Arzneilieferungen mit Apothekern usw. Vorzugsbedingungen zu vereinbaren. Alle Apothekenbesitzer und -Verwalter im Bereiche der Kasse können solchen Vereinbarungen beitreten.

Abg. Schickert (kons.) empfiehlt einen Ausgleichsantrag Schultz: Bevorzugung der einheimischen — also im Kassenbereiche wohnenden — Apotheker und Drogisten gegenüber den auswärtigen. Da aber für die an den Grenzen des Kassenbezirks [illegible] Nachteil bedeuten. Es sei notwendig, daß alle Amtsstellen, ohne etwa auf die Verabschiedung der landesrechtlichen Vorschriften über die Zuweisung des Ertrages an die einzelnen kommunalen Körperschaften zu warten, unverzüglich das Veranlagungsgeschäft in Angriff nehmen.

*In parlamentarischen Kreisen ist man der Meinung, daß die Kommission für die elsaß-lothringische Verfassungsfrage trotz der Abstimmung, die sich mit dreizehn zu zwölf Stimmen gegen den Entwurf der Regierung erklärte, doch noch einen Weg finden wird, um dem Reichstage die Annahme der Vorlage empfehlen zu können. Verhandlungen in dieser Richtung sind bereits im Gange.

*Ein neues Übereinkommen über Hilfe in Seenot, das von 25 Staaten geschlossen worden ist, ist dem Reichstage zugegangen.

*Nachdem durch Erlaß des Präsidenten der französischen Republik vom 10. März d. Js. das früher für den Eintritt in die französische Fremdenlegion festgesetzte Mindestalter von 18 Jahren wieder eingeführt worden ist, hat sich der preußische Minister der auswärtigen Angelegenheiten mit dem Minister des Innern in dieser Angelegenheit in Verbindung gesetzt, da unter den gegenwärtigen Umständen Anträge auf Entlassung von Reichsangehörigen, die vor vollendetem 18. Lebensjahre zur Fremdenlegion angeworben sind, wieder wie früher bei der französischen Regierung anhängig gemacht werden können, sofern solche Gesuche vom preußischen Minister des Innern befürwortet werden. Auch ist der Minister bereit, in andern Fällen, wo die Einstellung in die Legion erst nach dem 18. Lebensjahre erfolgt ist, in eine Prüfung der Frage einzutreten, inwieweit sie sich ausnahmsweise zu einer Vertretung bei der französischen Regierung eignen.

*Die vielbesprochene Wahl eines Oberbürgermeisters in Stuttgart hat mit dem Siege des Kandidaten der geeinigten bürgerlichen Parteien geendet. Es fielen auf den Kandidaten der Nationalliberalen, der Konservativen und des Zentrums, Regierungsrat Lautenschlager (nat.-lib.), 14 888 Stimmen, auf den Kandidaten der Sozialdemokraten, Schriftsteller Dr. Lindemann, 12 472 und auf den Kandidaten der Volkspartei, Oberbürgermeister Dr. Reck, 3271 Stimmen. Lautenschlager ist somit gewählt. Die Wahl verlief ohne Zwischenfälle.

**Österreich-Ungarn.**

*Nach den amtlichen Erklärungen ist das Befinden Kaiser Franz Josephs ausgezeichnet. Die Folgen der letzten Heiserkeit sind völlig geschwunden, so daß der Monarch wieder die gewohnten Audienzen erteilen kann.

**Frankreich.**

*Die Regierung erklärt in einer Note die Gerüchte von einem seit 1902 zwischen Spanien und Frankreich bestehenden Geheimabkommen über Marokko, wonach im Falle einer Besetzung des Scherifenreiches Deutschland eine Kohlenstation am Atlantischen Ozean erhalten sollte, als völlig gegenstandslos.

**Norwegen.**

*Nachdem der schwedische Reichstag sich für den Bau zweier großer Panzerschiffe entschieden hat, wendet man auch in Norwegen den Seerüstungen erhöhte Aufmerksamkeit zu. Die Marinebehörden in Gemeinschaft mit der besonderen Verteidigungskommission haben ein vollständiges Flottenprogramm ausgearbeitet und im Storthing die Bewilligung der zu seiner Verwirklichung nötigen Mittel beantragt. Es wird die sofortige Anschaffung von folgenden größeren und kleineren Schiffen vorgeschlagen: 8 Küstenverteidigungs-Panzerschiffe, 6 Jäger, 40 Torpedoboote, 12 Unterwasserfahrzeuge, 4 Kanonenboote und ein Minenfahrzeug. Der schwedische Nachbar ist über den Umfang dieses Programms sehr verstimmt.

## Das Ende des Kwilecki-Prozesses.

Der an Spannung und dramatischen Zwischenfällen so überaus reiche Kwilecki-Prozeß ist, nachdem er die deutschen Gerichte seit Jahren beschäftigt hat, zu Ende gegangen. Das Reichsgericht hat entschieden, daß der vom Oberlandesgericht Posen seinerzeit als Bahnwärterssohn erklärte junge Graf Joseph Kwilecki den Grafentitel zu Recht führt. Das Urteil des preußischen Landgerichts Lissa vom Jahre 1907 wird dahin abgeändert, daß die Klägerin Mayer mit ihrer Klage abgewiesen wird. Damit ist der junge Kwilecki endgültig als Graf anerkannt. Die Gräfin Kwilecka, die im Jahre 1903 von den Geschworenen in Berlin unter der Anklage der Kindesunterschiebung stand und nach mehrtägiger Verhandlung freigesprochen wurde, hat den Sieg ihrer Sache nicht mehr erleben können. Der überlebende Ehegatte hat sich nun endgültig den vielumstrittenen Sohn und diesem zugleich das Majorat errungen, das jährlich etwa 60 000 Mk. abwerfen soll.


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219110517-17/fragment/page=0005